



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 17. Juni 2019  
Kantonsratspräsident Josef Wyss

### **A 18 Anfrage Hartmann Armin und Mit. über die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über den Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung / Finanzdepartement**

Die Anfrage A 18 wurde auf die Juni-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Armin Hartmann hält an der Dringlichkeit fest.

Armin Hartmann: Seit Jahrzehnten ist ein Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung ein Thema, das die Massen bewegt und das von hohem politischem Gewicht ist. Es geht um Wohneigentumsförderung, um Sozialpolitik, aber auch um sehr viel Geld. Um sehr viel Geld geht es auch bei der aktuellen Vernehmlassung der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates (WAK-S). Da die besagte Vernehmlassung bis am 12. Juli 2019 dauert, müssen wir heute über meine Anfrage befinden. Das Anliegen verträgt keinen Aufschub, weil es in einer späteren Session wegen des Zeitablaufs gegenstandslos würde.

Yvonne Hunkeler: Die CVP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab. Die Fragen sind zwar spannend, und die Antworten werden es ebenso sein. Die Dringlichkeit ist aber in diesem Fall nicht gegeben, weil es bei der Anfrage um ein laufendes Verfahren geht. Die Stellungnahme zu Vernehmlassungsverfahren ist Sache der Regierung. Gerade zu Beginn einer neuen Legislatur sollten wir uns wieder vermehrt an unsere eigenen Kompetenzen halten. Darum überlassen wir das Vernehmlassungsverfahren der Regierung.

Heidi Scherer: Die FDP-Fraktion stimmt der dringlichen Behandlung zu. Mindestens drei von fünf Dringlichkeitskriterien sind erfüllt. Das in der Anfrage erwähnte Vernehmlassungsverfahren läuft am 12. Juli 2019 ab. Deshalb macht ein Aufschub der Beantwortung keinen Sinn. Uns interessiert die Haltung des Regierungsrates.

Jörg Meyer: Die SP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab. Ich setze das erhebliche politische Gewicht der Anfrage mindestens in Anführungszeichen, denn es geht um eine Vernehmlassung des Bundes. Deshalb liegt die Kompetenz zur Stellungnahme beim Regierungsrat, und unser Rat soll sich in vornehmer Zurückhaltung üben.

Hans Stutz: Wir üben uns nicht in vornehmer Zurückhaltung, sondern äussern auch in Zukunft unsere politische Meinung, wenn es sich um eine Vernehmlassung des Bundes handelt. Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen stimmt der Dringlichkeit zu.

Claudia Huser Barmettler: Die GLP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab, ich kann mich dem Votum von Yvonne Hunkeler anschliessen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Das Geschäft ist mindestens 20 Jahre alt, aber die Massen bewegt es im Moment nicht. Es wird seit Jahren über dieses Thema diskutiert. Auf Bundesebene beschäftigen sich die Kommissionen damit; wie viele andere sind auch wir aufgerufen, eine Stellungnahme abzugeben. Die Regierung hat noch nicht über die Stellungnahme befunden,

wird dies aber termingerecht tun und diese veröffentlichen. Ich bitte Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 64 zu 52 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.